

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
14 (1900)**

134 (13.6.1900)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-265282](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktäglichen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Aufnahme der Tageszeitung und gelegentlichen Beiträgen. — Abonnementpreis pro Monat incl. Bingerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; durch die Post bezogen: Postleistungskarte Nr. 8433, vierfachfähig 2.10 Pf., für 2 Monate 1.40 Pf., monatlich 70 Pf. exkl. Beigabe.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon: Bant 58.

Aufsätze werden die fünfgepaltene Corvusseite oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Versicherungen entsprechenden Rabatt. Schwertere Aufsätze nach höherem Tarif. — Aufsätze für die laufende Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr Mittag in der Redaktion aufgegeben sein. Sichere Aufsätze werden früher erbeten.

Nr. 134.

Bant, Mittwoch den 13. Juni 1900.

14. Jahrgang.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Im Reichstage wurde gestern ein Rechtsspiel und kein bedeutungsvolles zur Verabschaffung der Zuchtwandlung ausgeführt. In seiner weit überwiegenden Mehrheit hat sich das Zentralparlament Deutschland gegen die Handelskriege ausgeworfen, die unter dem Befallssymbol der „reactionären Linien“, wie Genossen Stadttagen mit glücklich gewähltem Ausdruck diese Dummköpfe bezeichneten, von den partikularen Miniaturparlamenten gegen die Reichsverfassung ausgeführt werden. Die sozialdemokratische Interpellation, die sich nach dem Verhalten der Reichsregierung gegenüber der Antikriegsgegung der russischen, anhaltinischen und ludwigsburgischen Behörden erkundigt, bildete zwar nur einen Gegenstand unter den vielen, die auf der heutigen Tagesordnung standen, in der That beherrschte sie die volle Wollkündigung und nahm den meistens größten Theil der Sitzung in Anspruch. Da ca. zweihundert, vorzüchlicher Rede begründete Stadtbürgen die Interpellation. Die läbige, reußische, anhaltinische Gesetzgebung stellte sich, von welcher Weise auch aus betrachtet, als ein vollendetes Monument dar. Sie ist eine Revolution gegen die Reichsregierung, ein Pamphlet auf den einstmal so geprägten Gedanken des nationalen Einheitsstaates, ein Schlag ins Gesicht des Reichstags, der eben erst die Zuchtwandlung der reaktionären verhinderte. Der Freimaurer Dr. Müller-Winkelmann trat mit großer Share der Ausführungen des Staatssekretärs zurück, die durch das Vorgerufen der Einzelanlage geschaffen wird, der ultramontane Reichsgerichtsrat Dr. Spahn, der Bülbürlaue Rödige, der in seiner Eigenschaft als Abgeordneter von Anhalt die anhaltinische Gesetzgebung energetisch verurteilte, der Freimaurer Dr. Müller-Winkelmann traten mit großer Share der Ausführungen des Staatssekretärs entgegen. Der olivreiche Arzthauptling Graf Klinckow trittte auf, an der bremischen Seite sich die gräßliche Finger zu verdrehen; statt auf die Interpellation selbst einzugehen, verbreitete er sich über die angedeutete paradeschule Luge der ostpreußischen z. Landarbeiter und schimpfte auf die nationale Regierung, die ihren Unterthanen durch den bekannten Erfolg die Auswanderung in das offensichtliche Paradies verehrt wolle. Woran Graf Bülow sich erhob und erklärte, die italienische Regierung habe es gar nicht so böse gemeint; die Abmachung sei nicht offiziell erfolgt und aufgedrängt von deutscher Seite der Italienburg der italienischen Agenten berichtet werden. Ein herzhaftes Schächer von den Linken folgte den Worten des eleganten Tafelredners, der sich so treuerberig bemüht, die irgendeinen Vorstellungen des Herrn Peltz usw. über Ostelbien zu zerstreuen. Nachdem Genossen Heine in glänzender Rede noch einmal das Verhalten jener drei Bundesstaaten gebührend gedenken, die Vertreter der drei Lande im Bundesrat in unbehülflicher Weise einige „Erklärungen“ geflammelt, Genossen Schwarz-Uebel das in den Verbänden herumprahlende Mährlein von den „großen Ruhkreisungen“ richtig getellt hatte, die sich Uebel der Streitende angeblich zu Spülern kommen lassen, und schließlich der Arzthauptling Dr. Rödige-Kauffmann über die „unverträgliche“ — Sklaverei der Gutbesitzer geslemt, denen zur Entsetzen ihre Arbeiter davonlaufen, und Genossen Sander, ihm darauf die postende Antwort enthebt hatte, schloss gegen 6 Uhr die Beprüfung der Interpellation. Der Reichskanzler, der geräumte Zeit in Saale verweilt, hatte nicht geruht, das Wort zu nehmen. — Trotz der vor-

gerückten Stunde wandte sich das Haus noch der zweiten Sitzung des Reichstages entgegen, die ersten Paragraphen wurden debattiert erledigt; beim § 14 (Geschäfte der Kanzlei bei ansteckenden Krankheiten) bestürzte Genosse Wurm einen Abänderungsantrag, wonach außer den beamten auch der behandelnde Arzt zu zusehen ist, und geiste Genosse Antweiler die Zustände, wie sie in allzuvielen Krankenhäusern herrschen und unter denen die Kranken vor das Wärtersonnen zu liegen haben. Die Sitzung dauerte um 8 Uhr Abends noch fort.

Die deutsche Lehrerversammlung in Köln beschäftigte sich in ihrer zweiten Hauptversammlung mit der Frage der Einführung des Handwerksteunterrichts in den Anatmenschulen. Die Meinungen waren sehr getheilt. Der erste Referent, Lehrer Albrecht Frankfurt, legte folgende Thesen vor: 1.) Die Volksschule bedarf aller ihrer Zeit und aller ihrer Kräfte zur Wölbung ihrer speziellen Aufgabe, die ihr in der geistigen und fülligen Bildung der Jugend zu gewinnen ist. In der Beschränkung auf die große, in sich selbst stetig wachsende Ausgabe beruht ebensoviel ihre innere Kraft wie ihr Aufgaben nach außen. 2.) Sie muß deshalb jeden Lehrgangsende entschieden von sich weisen, der wie der Handwerksteunterricht hierzu keinen irgendwie erheblichen Beitrag leisten kann, notwendigerweise aber den geißelnden Fäuchen Zeit und Kräfte entzieht. 3.) Die Volksschule muß diesen abwenden Standpunkt des Handwerksteunterrichts gegenüber um so entschiedener einnnehmen, als auch diejenigen Volksschulen, welche die praktischen Lebensforderungen vertreten, trotz mehr als zwanzigjährigen Betriebes dieses Unterrichts in allen Theilen Deutschlands, und trotz rüger, wohlorganisirter Propaganda seiner Anhänger sich andauernd fühlt, ja vielfach schroff ablehnend gegen denselben verhalten. Diese Thesen wurden jedoch nach Eleganz der Begründungen des folgenden Antrages widergesprochen: „Die Versammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen die Aufnahme des Anatmen-Handwerksteunterrichts in den Lehrplan der Volksschule.“ Dieser Antrag wurde angenommen.

Der 11. evangelisch-soziale Kongreß tagte am Donnerstag in Karlsruhe. Von politisch bekannten Persönlichkeiten waren u. a. anwesend Präater Raumann, Adolf Wagner, Domäne etc. In Anwesenheit vieler offizieller Persönlichkeiten referierten dann Prof. Dr. Baumgartner aus Kiel und Prof. Dr. Troeltsch aus Karlsruhe über das Thema: „Was muß geschehen, um unsere Volksschule entwachsene männliche Jugend besser als bisher auf die religiösen, nationalen und wirtschaftlichen Aufgaben unseres Volkslebens vorzubereiten?“ Die Vorträge, wie die darauf folgende Debatte drehten sich in der Hauptfrage

um die Frage, wie die Arbeitersjugend vor der Sozialdemokratie zu bewahren sei. Die Meinung der Versammlung drückt sich in der folgenden Resolution aus: 1.) Der Ev. Soz. Kongreß erklärt im allgemeinen Anschluß an die Theorie der Referenten in der Entwicklung der schul-entlassenen männlichen Volksschuljugend gegenüber dem religiösen und nationalen Gemeinschaftsleben eine Erziehung, die zum erheblichen Teil auf natürlichen Trieben des erwachsenen Selbstständigkeits- und Gattungsbewußtseins der Jugend beruht und darum zu pessimalen Auffassungen an sich seinen Anhänger bietet. 2.) Eine Bestreuung ist durch planmäßige Fortführung bestehender und Antrittung neuer Verbindungen der schul-entlassenen Jugend mit den sozialen Bildungen, in die sich das Volksgame gliedert und organisiert, zu erwarten. Verborgne Mittel dafür werden sein: die den Kirchengemeinden möglichst eng angeschlossenen Jünglingsvereine, sowie die obligatorische und der Jugend das Bewusstsein des Schülerschulstandes erhaltende Fortbildungsschule. 3.) Ohne eine stärkere Verfestigung der Kirchengemeinden an der Volkserziehung und ohne Fortführung einer die Gewinnung der Erwachsenen beeinflussenden zeitigen sozialen Reformpolitik wird jede Bemühung, die heranwachsende Arbeitersjugend den zeitigen sozialdemokratischen Einflüssen ablehnlich zu entziehen, vergeblich sein. Aus den Vorträgen ist nur bemerkenswert, daß Prof. Dr. Troeltsch eine „geförderte Behandlung der Jugendlichen bei kinderlosen Eltern“ verlangt. Nach ihm haben „Winderführige nicht sozial Reformfähig“.“ Am Nachmittag ward über die Wohnungstragte verhandelt und zur Verfestigung der Wohnungswirtschaft das Eingehen der Gesetzgebung als geboten beschnet.

Her v. Miquel ist gelegenlich der Eröffnung der Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft am Donnerstag in Posen nach Kröten umfänglich geworden. Oberbürgermeister Wittig erstaubt fast von dem Finanzminister v. Miquel, diesem weitblickenden und genialen Staatsmann“, der, was noch immer nicht genau anerkannt werde, die Solidarität der Untertassen von Stadt und Land an sich verkörpernde und „unbestimmbare und die Potentiale doctrinäre und unfruchtbare Theorie, die großen Gedanken dorussischer Staatskunst“ wieder aufzunehme durch die Förderung, die Kultur nach dem Osten zu tragen. Minister v. Miquel griff in seiner Erwideration die Stein-Hardenberg'sche Grundsatzung an, die von der Ansicht ausgegangen sei, daß der freie Mann sich ohne Staatshilfe selbst helfen könne. Miquel erneute natürlich ein lebhaftes

Helene.
Soziales Roman von Minna Kanitz.
(33. Fortsetzung) (Rasende verboten)

Diese gegenseitige Schätzung war das Mitt, der die zwei Menschen, welche sonst nichts Gemeinsames hatten, zusammenhielt.

Ihr erschien eine gewisse Sprödigkeit der Frauenviude angemessen, er hielt wieder eine ganz ähnliche Natur, dazu gemacht, von den Weibern genährt zu werden, sobald sie das Einge war.

Ihr Stolz redete ihr ein, daß seine Ausschreitungen nach dieser Richtung bis sie nicht durchdringen könnten. Sie schien aus wölklich darüber hinwegzusehen, aber unmerklich und sicher verschlechterte sich ihr Verhältniß immer mehr.

Eine gewisse boshaftes Neugier war ihr erstanden, die sie antrieb, sich Kenntnis von seinen Siegen zu verschaffen, nur um sich an den Niederlagen zu weiden, die ihnen rasch zu folgen pflegten. Sie fand, daß er, je älter er wurde, um so leichter zu betrügen war, und um so eindrücklicher, seine Dummheiten fortzusetzen.

Sie verschlangen ungesteuerte Summen, und das konnte sie dem „Geschäftsmann“ nicht verzeihen.

Er gab sich zwar die erdenklische Mühe, seine Abenteuer vor der Gattin geheim zu halten, aber er erriet ihr in seinem Glück, wie in seinem Misserfolg.

Aber schon bei den ersten Sätzen zeigte es sich, daß die Weisheit dieser Vorlämpferinnen etwas angelöslich war, und es erhoben sich war-

gegen Walther, dann zeigte er sich demütig, liebevoll und zärtlich gegen seine Gemahlin, ohne daß es ihm gelungen wäre, sie dadurch zu zerstören.

Als Ritter fühlte sich Sidonie kaum glücklicher. Ihr Töchterchen, das sie sehr geliebt hatte, war ihr gefallen und ihr Knabe, als das einzige schwäbische Kind, war so verträglich und mit vierzehn Jahren ein so unausköpflicher Bursche genommen, daß die Eltern überzeugt waren, ihn einer jener berühmten Erziehungsanstalten zu überantworten, wo Berstand und Charakterbildung gegen einen hohen Summe garantiert werden.

Da nun Frau Sidonie in ihrem Hause nichts fand, das ihm lesbaren Geist beschäftigt hätte, richtete sie den Sinn auf das Allgemeine.

„Das Los der Frauen ist belästiglich“, sagte sie mit Trübseligkeit, und sie wollte daran gehen, es zu besetzen.

Sie trat energisch als Vorlämpferin für Frauenrechte auf, und alsbald hatte sich ein Kreis unverdorbnener, ehrgeiziger und beschäftigungsloser Damen um sie gesammelt, die dann nach durchsetzen, in die Öffentlichkeit zu treten, um die Frau aus ihrer Dörigkeit zu retten.

Erhöhte Bildung, Freigabe der Universitätsstelle für die Frau, vor ihr enthusiastische Feldgeschiere.

In Vorträgen und Diskussionen sollte die Möglichkeit und Notwendigkeit dieser Verbesserungen eingehend erörtert und klargestellt werden.

Aber schon bei den ersten Sätzen zeigte es sich, daß die Weisheit dieser Vorlämpferinnen etwas angelöslich war, und es erhoben sich war-

nende Stimmen: Man möge doch ja Niemanden mehren ihm und nach oben hin nicht anstoßen und verleben.

So wurde der Antrag eingebracht und sofort zum Abschluß erhoben, alle Schritte zu thun, um eine akterhafte Protestation für den Verein zu gewinnen.

Sie hatten leider keinen Erfolg. Man erzählte zwar von den großen Sympathien einer hohen Frau für den Verein, aber es sei ihr nicht gelungen, diese öffentlich zu betätigen. Sie war unter wie andere Frauen auch. Um die Freiheit der Mittel und Möglichkeiten an das weltliche Geschlecht zu erweitern, beschloß man, sich an den Reichstag zu wenden, und man begann Unterschriften für eine Petition zu sammeln.

Man erhielt sie. Die Petition wurde eingegangen, aber als unerfüllbar zurückgewiesen.

„Die Deftätsche, die Reinheit, der Adel der Frauen würden darunter leiden, wenn sie so viel Weib erwerben“, hieß es in der Begründung, „und zugleich könnten die fundamentalen und geistigen Einrichtungen der Familie erschüttern werden.“

Selbst die Beschränkten unter den Bittstellerinnen baten, die Unzulänglichkeit dieser Motivierung einzusehen, aber sie wußten sich dem Erstaunen fügen. Da wurde diesen Frauenschülerinnen von einschlägigen Gönnern der Rath erweckt, auf die Staatsbürgerschaft zu verzichten, und wenn sie durchaus eine Universität haben wollten, sollten sie aus eigenen Mitteln erbauen.

Dieser Gedanke wirkte zündend. „Selbstläufe“! Diese konnte den Frauen nicht verübt werden.



